

**Rede von Landtagspräsidentin Britta Stark anlässlich der
Veranstaltung am 30. Oktober - Frauen reden zu Tisch –
„Frauen zeichnen Friedensbilder“ – Was ist
zukunftsweisend in der gegenwärtigen Situation von
Kirche und Gesellschaft?**

Sehr geehrte Frau Pfarrerin Radecke-Engst,
sehr geehrte Frau Prof. Böhmer,
sehr geehrte Frau Pisal,
sehr geehrte Frau Asmus,
sehr geehrte Frau Häfner,
liebe Gäste,

Tischgespräche schaffen Gemeinschaft. Ich finde, es ist eine ganz hervorragende Idee, dass Frauen hier an dieser Festtafel gemeinsam nachdenken über wichtige Fragen unserer Zeit.

Deshalb habe ich mich über die Einladung zu dieser Runde sehr gefreut und möchte Frau Pfarrerin Radecke-Engst dafür herzlich Dank sagen. Ich freue mich auf einen anregenden und inspirierenden Abend mit Ihnen allen.

Das Friedensbild, das ich Ihnen skizzieren will, ist ein Zukunftsbild. Das ist sicher auch naheliegend bei einer Landtagspräsidentin, denn in der Politik geht es ja meistens um Zukunftsfragen.

Und in unserer Demokratie geht es immer darum, dass möglichst viele Menschen sich beteiligen – für Dörfer und Städte, in denen es sich gut leben lässt, für ein weltoffenes und freundliches Brandenburg, für ein geeintes und friedliches Europa.

Die Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg nach Europa kommen, zeigen uns gerade jeden Tag, wie weit entfernt wir heute sind von einer friedlichen Welt.

Frauen spielen im Engagement für den Frieden seit jeher eine aktive Rolle.

Und je nachdem, mit welcher Frage man den Blick in die Geschichte richtet, fördert Vergangenheit Erstaunliches zutage.

Ziemlich genau vor 100 Jahren trafen sich angesichts der Schrecken des Ersten Weltkrieges 1200 Frauen aus 12 Ländern im Jahr 1915 zum Ersten Internationalen Frauenkongress in Den Haag.

Sie waren zusammengekommen zum gemeinsamen Protest gegen den Massenmord und gegen die Annahme, dass der Krieg das einzige Mittel ist, internationale Konflikte zu überwinden.

Was die Frauen damals ahnten, ist heute für uns Gewissheit geworden: Menschenrechte und besonders Frauenrechte können nur in Verbindung von Frieden und Demokratie verwirklicht werden.

Ziemlich genau vor 15 Jahren, am 31. Oktober 2000 wurde die UN-Sicherheitsresolution „Frauen, Frieden und Sicherheit“ verabschiedet. Dabei wurde den Frauen in der Friedenssicherung und bei der Überwindung von Konflikten eine entscheidende Rolle zugewiesen.

Im Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution werden die vielfältigen Aktivitäten zur Beteiligung von Frauen bei der Bewältigung von Konflikten und bei Friedenseinsätzen gebündelt.

Dieser Blick in die Geschichte kann uns auch heute Mut machen, selbstbewusste Friedensbilder zu zeichnen. Friedensarbeit ist weltumspannend und schließt alle Sphären der Gesellschaft ein – das Gemeinwesen, die Kirche, Universität, die Schule die Zivilgesellschaft.

Und: Friedensarbeit beginnt in der Gemeinde – dort wo Menschen miteinander leben, wo sie einander gute Nachbarn sein wollen und sich gegenseitig unterstützen.

Vielleicht werden eine Million Menschen in diesem Jahr in Deutschland Zuflucht suchen, vielleicht noch mehr. Im

September kamen 7.000 Flüchtlinge in Brandenburg an, im Oktober werden noch 11.000 erwartet.

Jetzt geht es zunächst um Übernachtungsplätze, um die gesundheitliche Versorgung und um gerechte Asylverfahren.

Aber das ist erst der erste Schritt auf einem langen Weg zu einem neuen Miteinander zwischen den Menschen, die schon lange in Brandenburg zu Hause sind und denen, die hier eine neue Heimat finden wollen.

Da geht es um Kita, Schule, Ausbildung und Arbeitsplätze, um eine große Integrationsleistung von allen Beteiligten.

Und ich glaube, es ist keine Übertreibung zu sagen: Wir stehen vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung und der Friedlichen Revolution 1989.

Damals im Herbst 89 haben wir in den Gottesdiensten ein neues Kirchenlied gesungen, das von dem Jenaer Theologen Klaus Peter Hertzsch stammt: Es beginnt mit der Zeile „Vertraut den neuen Wegen, auf die der Herr uns weist.“

Und in der dritten Strophe heißt es dann: „Wer aufbricht, der kann hoffen in Zeit und Ewigkeit. Die Tore stehen offen. Das Land ist hell und weit.“

Dieses Vertrauen hat uns 1989 geholfen, den Aufbruch in die Demokratie zu meistern. Von diesem Vertrauen in die eigene Kraft, in die Kraft der Gemeinschaft und vom Vertrauen auf Gott können wir heute eine Menge gebrauchen.

Und ja - Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, werden unser Land verändern. Wie es uns gelingt, ein gutes Miteinander in den Dörfern und Städten zu gestalten, das hängt von uns allen ab.

Die Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Brandenburg ist bewegend und ermutigend. Und es sind besonders die Frauen, die sich in den Willkommensinitiativen in Dörfern und Städten von der Uckermark bis in die Lausitz engagieren.

Aber die große Hilfsbereitschaft darf uns nicht den Blick verstellen auf die Dimension dieser Aufgabe und auf viele schwierige Fragen, die wir beantworten müssen.

Denn auch die Besorgnis vieler Menschen wächst und viele fühlen sich mit ihren Fragen nicht einbezogen in die Entscheidungen vor Ort.

Da geht es um Grenzen der Aufnahmebereitschaft, und auch um Ängste und Misstrauen.

Die Hasstiraden von Pegida und anderen fremdenfeindlichen und rechtradikalen Vereinigungen, die diese Ängste ins Monströse entstellen, sind alarmierende Zeichen für eine neue Fremdenfeindlichkeit, für eine unheimliche Gleichgültigkeit gegenüber Menschen in Not.

Solche Tendenzen einer Verrohung in unserer Gesellschaft sind unerträglich und machen mir genauso wie vielen Menschen große Sorgen.

Da werden Friedensarbeit, gewaltfreie Kommunikation und die friedliche Bewältigung von Konflikten immer wichtiger.

Die christlichen Werte – Glaube, Liebe, Hoffnung, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit richten sich an alle Menschen.

Die Gefahr für unsere Gesellschaft besteht nicht so sehr darin, dass zu viele Flüchtlinge kommen, sondern dass wir diese Werte aus dem Blick verlieren, wenn wir den Flüchtlingen ihre Rechte nicht gewähren.

In der Bibel können wir nachlesen, dass Jesus Christus durch seine Botschaft der Liebe, seine Absage an Gewalt, seine Forderung nach Gleichheit aller Menschen Hass auf sich gezogen hat. Dass er gekreuzigt wurde, weil er die herrschenden Verhältnisse radikal infrage gestellt hat.

Und ja - wir Christinnen und Christen können unserer Gesellschaft vorleben, wie ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit, Solidarität und gegenseitiger Wertschätzung funktionieren kann. Unser Glauben kann uns dabei stärken.

Denn wenn wir uns vergegenwärtigen, dass der Geist Gottes das ganze Leben durchdringt und uns mit den Anderen verbindet, dann wächst uns auch die Kraft zu, die neuen Wege zu gehen, die das Leben uns zeigt.

Jetzt ist unsere Demokratie nicht nur gefordert, sondern weist uns wie ein guter Kompass auch eine Richtung, die alle miteinander gehen können.

Hin zu einem gemeinsamen Denk- und Handlungsraum für alle Beteiligten – für die Skeptiker, die Besorgten und für ehrenamtlich Engagierte in Willkommensinitiativen, für Menschen in Ämtern, in der Politik und in den Vereinen.

Für Menschen, die bei uns Heimat suchen wollen und für Menschen, die hier verwurzelt sind.

Unsere Demokratie bietet dafür eine Fülle von Möglichkeiten zum Beispiel die Zukunftsdialoge in den Landkreisen, die Gespräche vor Ort, die Streitbaren Debatten, die zu konkreten Entscheidungen und klaren Vereinbarungen führen.

„Wer aufbricht, der kann hoffen, in Zeit und Ewigkeit. Die Tore stehen offen. Das Land ist hell und weit.“ So heißt es in der dritten und letzten Strophe des Kirchenliedes.

Ich denke, die neuen Wege, die sich vor uns auftun, können als große Chance verstanden werden. Die Politik ist zurückgekehrt in den Alltag der Menschen. Viele Menschen engagieren sich für Frieden, Toleranz und Demokratie und machen deutlich, dass in unserem Land für Rechtsextremismus und Fremdenhass kein Platz ist.

In solchen Zeiten gewinnen die Grundwerte unseres Gemeinwesens – Freiheit, Demokratie und Solidarität wieder ganz neu an Bedeutung.

Und in einer Zeit, da es um die Integrationskraft, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht, öffnet sich möglicherweise auch die Chance für eine gesellschaftliche

Transformation in Richtung eines neuen wertschätzenden Miteinander zwischen Menschen in der Politik und in der Zivilgesellschaft, zwischen Fremden und Einheimischen.

Wenn wir diese Chance nutzen, gehen wir vielleicht den ersten Schritt auf dem Weg in die Zukunft einer demokratischen Bürgergesellschaft, die von allen verantwortet und mitgestaltet wird.

Gute Beispiele machen Mut und regen zur Nachahmung an. Ich bin zuversichtlich, dass die Bürgergesellschaft der Zukunft nicht an Grenzen der Nationalstaaten haltmacht, sondern eine Sache von Europäerinnen und Europäer wird.

Aber nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt können Frauen und Männer zeigen, dass Engagement für eine starke Demokratie in Verbindung mit Friedensarbeit Menschenrechte sichern können.